



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

19. Sitzung (öffentlich)

20. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Im Namen des Ausschusses spricht Vorsitzender Günter Garbrecht Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) Glückwünsche zu dessen Geburtstag aus.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich im Rahmen einer Pflichtsitzung an der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie am 18. Oktober 2006 zum Entwurf eines Ladenöffnungsgesetzes NRW zu beteiligen.

Der Ausschuss kommt überein, im Obleutekreis am Rande des nächsten Plenums eine Verständigung über das weitere Verfahren herbeizuführen.

1 Petitionen zur Erhebung von Rundfunkgebühren in Nordrhein-Westfalen 2

Inge Howe, Vorsitzende des Petitionsausschusses, berichtet dem Ausschuss über an ihn gemäß § 93 GeschO überwiesenes Material.

MR Michael Schneider (Staatskanzlei) gibt eine Stellungnahme ab.

Der Ausschuss zieht einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen auf der Grundlage einer noch zu erstellenden Vorlage von Staatskanzlei und Petitionsausschuss in Erwägung und will dieses Thema zu gegebener Zeit aufgreifen.

2 Kinder schützen - Grundlagen für regelmäßige ärztliche Untersuchungen aller Kinder schaffen 7

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1111

Nach der Ankündigung von Barbara Steffens (GRÜNE), dass der federführende Ausschuss den Antrag der Grünen Drucksache 14/1111 zugunsten eines neuen interfraktionellen Antrags Drucksache 14/2580 zurückziehen wird, erklärt der Vorsitzende den vorliegenden Antrag für erledigt.

3 Qualitätsfleisch nur durch faire Arbeitsbedingungen 8

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2094

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2094 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

4 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren - Langzeiterwerbslosen eine dauerhafte Perspektive für Arbeit und Beschäftigung schaffen 10

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2406

- Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag des Vorsitzenden darauf, die abschließende Beratung und Abstimmung am 29. November 2006 durchzuführen. Die Frist für die Abgabe der Voten seitens der mitberatenden Ausschüsse endet am 9. November 2006.

5 Grundwasserbelastung durch Perfluorierte Tenside (PFT) 10

Vorlagen 14/599, 14/642

Der Vorsitzende stellt fest, dass die von der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 30. August 2006 gestellten Fragen mittlerweile hinreichend durch die in den Vorlagen enthaltenen Berichte des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beantwortet wurden.

6 Nichtraucher/-innenschutz in Nordrhein-Westfalen umsetzen! 11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2402 - Neudruck

- Verfahrensabsprache

Die Obleute sollen in einem Gespräch die Möglichkeit für einen interfraktionellen Antrag ausloten. Der Ausschuss will dieses Thema in seiner Sitzung am 29. November 2006 abschließend beraten und abstimmen. Die Frist für die Abgabe der Voten seitens der mitberatenden Ausschüsse endet am 9. November 2006.

7 „Jung und Alt“ in den Städten und Gemeinden - Zukunftskonzepte für ein neues Zusammenleben der Generationen in Nordrhein-Westfalen auszeichnen 12

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2096

In Verbindung damit:

Zusammenleben der Generationen fördern - Mehrgenerationenkonzepte schaffen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2103 - Neudruck

- Verfahrensabsprache

8 Neues Wohnen im Alter 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2089

- Verfahrensabsprache

Der Ausschuss einigt sich auf eine nachrichtliche Beteiligung an dem Expertengespräch des federführenden Ausschusses für Generationen, Familie und Integration zum Themenkomplex „Mehrgenerationenkonzept“, das am 1. Februar 2007 auf der Grundlage der drei Anträge von TOP 7 und 8 stattfinden soll.

9 SGB II - Entwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in NRW 13

Information 14/271
Zuschriften 14/590, 14/602
Stellungnahme 14/556

Gespräch mit der Leiterin der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Vertretern der Argen NRW, der Optionskommunen in NRW und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände

Der Ausschuss will dieses Thema in der nächsten Zeit konstruktiv aufgreifen.

10 Soziale Gerechtigkeit statt Perspektivlosigkeit in teuren Warteschleifen - Chancen für Ausbildung und Beruf sichern 31

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1882

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt Punkt X.1 - Ausbildungsumlage - mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Der Ausschuss lehnt die Punkte X.2 bis X.5 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

In der Gesamtabstimmung lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/1882 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Nach der Abstimmung gibt Rainer Schmelzer (SPD) zu Protokoll, dass sich die sozialdemokratische Fraktion bei den Punkten X.1 bis X.3 enthält und den Punkten X.4 und X.5 des Antrags zustimmt.

11 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 33

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2300

Vorlage 14/591 (Erläuterungsband EP 11)

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2303

- Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2007 und Haushaltsbegleitgesetz 2007, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelpapier 11)

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) gibt einen Einführungsbericht und beantwortet gemeinsam mit LMR Hans Lauf (MAGS) und MD Dr. Dorothea Prütting (MAGS) Fragen aus dem Ausschuss.

(Wortmeldungen zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es nicht. Aus zeitlichen Gründen werden die Punkte 12, 13 und 14 auf die nächste AGS-Ausschusssitzung verschoben.)

In der Gesamtabstimmung lehnt der **Ausschuss** den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/1882 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Vorsitzender Günter Garbrecht merkt an, angesichts dieser Ergebnisse hätte man keine Einzelabstimmung vornehmen müsse.

Rainer Schmeltzer (SPD) stellt klar, seine Fraktion habe die Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrags beantragt.

Vorsitzender Günter Garbrecht erklärt, er habe sich an dem entsprechenden Vorschlag der SPD-Fraktion im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration orientiert. Man könne die Abstimmung im AGS-Ausschuss gern wiederholen.

Er gebe zu Protokoll, so **Rainer Schmeltzer (SPD)**, dass sich die sozialdemokratische Fraktion bei den Punkten X.1 bis X.3 enthalte und den Punkten X.4 und X.5 des Antrags zustimme.

11 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/591 (Erläuterungsband EP 11)

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2303

- Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2007 und Haushaltsbegleitgesetz 2007, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) erstattet folgenden Einführungsbericht:

Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf 2007 setzen wir unseren Kurs der Haushaltssanierung fort. Angesichts des Gesamtschuldenstandes von 113 Milliarden € gibt es zu einem Konsolidierungskurs keine Alterna-

tive. Die Regierungskoalition ist angetreten, um in dieser Wahlperiode die Landesfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Mit dem Haushalt 2007 kommen wir diesem Ziel einen erheblichen Schritt näher.

Mein Kollege, Herr Finanzminister Linssen, hat Ihnen die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltes 2007 bei der Einbringung im Landtag bereits vorgestellt. Die Landesregierung wird auch im Haushalt 2007 Kurs halten, sie wird den Haushalt sanieren und die Zukunft gestalten. Wie beim Haushalt 2006 wird es seriös, fair und gerecht zugehen.

Die wichtigste Botschaft ist, dass die Nettoneuverschuldung von 5,59 Milliarden € in 2006 auf 4,35 Milliarden € in 2007 sinken wird. Daran können Sie erkennen, dass wir erste Erfolge bei der Sanierung des Landeshaushaltes erzielt haben.

Der Entwurf sieht Einsparungen in Höhe von 690 Millionen € vor. Das MAGS leistet einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in Höhe von 86,5 Millionen €.

Der Haushalt 2007 verbindet wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit. Wir achten darauf, dass die soziale und gesellschaftliche Balance im Haushalt nicht in Schieflage gerät. Darum sind einige politische Schwerpunktbereiche komplett von Einsparungen ausgenommen, zum Beispiel der Behindertenbereich, die Hilfe für Kinder und Jugendliche und die Investitionsförderung für die Krankenhäuser.

Nun zu einigen Besonderheiten des Einzelplans 11:

Der Entwurf sieht Ausgaben in Höhe von 2,967 Milliarden € vor. Damit ergibt sich zwar eine nominale Steigerung um 167 Millionen € im Vergleich zu 2006. Die Steigerungen sind aber im Wesentlichen auf Positionen zurückzuführen, auf die das MAGS und das Land keinen Einfluss haben. Allein die Unterkunftskosten für Empfänger von Arbeitslosengeld II sind um 21 Millionen € auf 881 Millionen € gestiegen. Eine weitere Steigerung in Höhe von rund 100 Millionen € ist bei den EU-Anteilen und den ESF-Mitteln in der Arbeitsmarktförderung zu verzeichnen. Den jeweiligen Mehrausgaben stehen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber.

Angesichts der besonderen Haushaltsstruktur des MAGS war es nicht einfach, die notwendigen Einsparungen zu erbringen. So sind allein rund 84 % meines Haushaltes, also 2,49 Milliarden €, gesetzessvollziehende Ausgaben. Davon gehen allein 1,2 Milliarden € auf Bundesgesetze und 1,1 Milliarden € auf Landesgesetze zurück. Der Rest entfällt auf Personal- und Versorgungsausgaben.

Bei den Einsparungen haben wir den Rotstift in einigen wenigen Bereichen angesetzt. So wurden 23 Millionen € in der Arbeitsmarktpolitik beim Anteil des Landes an der kofinanzierten EU-Förderung eingespart. Durch die höheren Einnahmen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds stehen insgesamt wieder erhebliche Mittel für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung.

Die Investitionsförderung der Krankenhäuser ist von Einsparungen nicht betroffen. Uns ist es sogar gelungen, für ein Sofortprogramm 40 Millionen € Barmittel zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht verschweigen, dass die Kommunen stärker an den Kosten der Investitionen beteiligt werden sol-

len. Wir gehen damit keinen Sonderweg. Andere Bundesländer beteiligen ihre Kommunen bereits jetzt stärker an der Krankenhausfinanzierung. Wir halten dieses auch für richtig. Schließlich profitieren alle Bürger der Kommunen vom funktionierenden Krankenhauswesen.

Die neu veranschlagten Mittel für die Europapolitik dienen der Steigerung der Europafähigkeit unter Bearbeitung europapolitisch relevanter Themenbereiche. In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an die kommende Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007.

Ich komme nun zu den einzelnen Politikbereichen meines Hauses:

Erstens: Arbeit

Die Leitlinie für die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen ist: Sozial ist, was Arbeit schafft und sichert. - Die Rahmenbedingungen sind nicht gut: eine Million Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen, also eine Arbeitslosenquote von 11,2 %, davon 500.000 Langzeitarbeitslose, also rund 50 %. Ein Viertel der Arbeitslosen ist über 50, und 115.000 Arbeitslose sind unter 25 Jahren.

Die Ansätze der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik werden heute und auch zukünftig durch den Europäischen Sozialfonds unterstützt. Wir rechnen damit, dass wir ab 2007 nur noch etwa die Hälfte der Mittel, also ca. 600 Millionen €, zur Verfügung haben. Aber ich will versuchen, deutliche Akzente zu setzen.

Die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen muss eine erkennbare Ausrichtung haben. Sie soll sich auf klare Programme stützen und bei den einzelnen Menschen und den Unternehmen ankommen. Dabei ist es wichtig, dass man in einem so großen Land mit der Arbeitsmarktpolitik vor Ort ist - in den Regionen. Dreh- und Angelpunkt für die Umsetzung meiner Politik werden daher auch künftig die Regionalagenturen sein.

Wir werden uns auch weiterhin auf drei zentrale Handlungsfelder konzentrieren:

Erstens: Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang in das Berufsleben, die Erhöhung der Ausbildungschancen und der Zahl der Ausbildungsplätze. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders hervorheben, dass die neue Landesregierung erhebliche Anstrengungen unternimmt, um unseren Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu geben. Allein im Jahre 2006 geben wir dafür 72,3 Millionen € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds aus. Hinzu kommen etwa weitere 13 Millionen € für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung und 76 Millionen € für das Programm „Jugend in Arbeit plus“. Insgesamt setzen wir für den Bereich Ausbildung und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit allein im Jahr 2006 131,3 Millionen € ein. Das sind rund 50 Millionen € mehr als im Jahr 2004.

Zweitens: Unterstützung der Zielgruppen, die schlechte Möglichkeiten haben, eine Arbeit zu finden: Menschen mit Behinderung, Migranten, Ältere, aber beispielsweise auch Berufsrückkehrerinnen.

Drittens: Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Mit der Potenzial- und Arbeitszeitberatung werden wir auch zukünftig präventiv dafür sorgen, dass Ar-

beitsplätze in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig und damit zukunftssicher werden. Dafür geben wir im Jahre 2006 5 Millionen € aus. Ein immer größer werdender Teil der Arbeitslosen hat praktisch keine Chance mehr auf Integration in die Arbeitswelt. Zu vielen Menschen droht auf Dauer, aus der Arbeitswelt ausgeschlossen zu werden.

Generell gilt: Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen müssen gewährleistet sein. Auch wenn die Lage auf dem Ausbildungsmarkt schwierig bleibt - es gibt auch positive Entwicklungen. So haben bis August dieses Jahres die Betriebe im Bereich der IHK über 6 % mehr neue abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet - ein Plus von 3.400 Verträgen.

Wir müssen aber auch über das duale Ausbildungssystem insgesamt nachdenken. Zugangsbarrieren für eher praktisch begabte junge Menschen müssen wir aus dem Weg räumen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene nachdrücklich dafür ein, dass möglichst viele neue Berufsbilder gestuft werden, um bereits nach zwei Jahren einen Ausbildungsabschluss vorzuweisen. Unser NRW-Pilotversuch beim Kfz-Servicemechaniker läuft mit über 800 Jugendlichen sehr erfolgreich und ist mittlerweile auch Vorbild in anderen Ländern. Und wir gehen noch einen Schritt weiter: Wir möchten, dass schwächere Jugendliche eine reguläre Berufsausbildung schrittweise über einen längeren Zeitraum mit Ausbildungsbausteinen absolvieren. Dieser dritte Weg der Berufsausbildung startet im Oktober mit 1.000 Jugendlichen.

Was für mich besonders wichtig ist: Behinderte müssen auch eine Chance im ersten Arbeitsmarkt bekommen.

So müssen wir zum Beispiel die Voraussetzungen für die Beschäftigung Älterer deutlich verbessern, Stichworte: „berufliche Weiterbildung“ und „lebenslanges Lernen“.

Wir müssen ebenso über neue Instrumente nachdenken, wenn es uns mit den vorhandenen offenbar nicht gelingt, allen wieder eine Chance auf Beschäftigung zu geben.

Viele Menschen, die langzeitarbeitslos sind und die noch andere Hemmnisse bei der Vermittlung haben wie Alter, fehlende Berufsausbildung oder Behinderung, haben praktisch kaum noch eine Chance, reguläre Arbeit zu finden. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen ein Kombilohnmodell auf den Weg gebracht.

Dabei ist klar: Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen ist mehr als Landesförderung und Chancenausbeute europäischer Finanzquellen. Deshalb treiben wir insbesondere die Reform des SGB II voran und wollen Verbesserungen bei den Ergebnissen und der Umsetzung des Hartz-Prozesses in Nordrhein-Westfalen. Daher werden wir die Aktivitäten der Argen und Optionskommunen begleiten, auch über flankierende Angebote seitens des Landes.

Ich möchte aber auch deutlich machen, dass man mit einer noch so guten Arbeitsmarktpolitik allein die Beschäftigungsprobleme im Land nicht bewältigen wird.

Zweitens: Gesundheit

Die Landesregierung wird die gesundheitliche Prävention weiterentwickeln und stärken. Wir werden dies vor allem im Bereich der Gesundheit unserer Kinder tun. Dabei stehen die Förderung des Nichtrauchens bei Kindern und Jugendlichen sowie die Bekämpfung des Übergewichts an erster Stelle.

Neben den im Sucht-, Drogen- und Aidsbereich zur Verfügung stehenden Mitteln wollen wir weitere 280.000 € für spezifische Präventionsmaßnahmen zur Verfügung stellen.

Die in diesem Jahr begonnene wissenschaftliche Begleitung der neuen Brustzentren in Nordrhein-Westfalen wird bis 2008 weitergeführt. Dafür wollen wir im nächsten Jahr 122.000 € zur Verfügung stellen.

Die Landesregierung wird auch in 2007 die Stärkung des Gesundheitsstandortes Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Erst kürzlich wurde das Konzept der Landesregierung zum Aufbau einer Telematik-Infrastruktur für das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir verfügen damit als erstes Land über ein wirklich umfassendes Konzept in diesem sehr komplexen Politikfeld.

Schließlich werden wir unser Angebot im Internet weiter ausbauen. Das Landesgesundheitsportal erfreut sich immer größerer Beliebtheit und zählt inzwischen fast 50.000 Besucher monatlich.

Ausgebaut werden auch die Angebote in den Bereichen Schulung und Qualifizierung. Die Landesinitiative eHealth.nrw wird sich in Zukunft auf die Förderung besonders innovativer Projekte und die Beratung von Existenzgründern und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren.

Seit dem Inkrafttreten des Krebsregistergesetzes Nordrhein-Westfalen wird der Aufbau des flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters NRW umgesetzt. Es bietet neue Möglichkeiten für eine qualitativ gesicherte Versorgung und gewährleistet bessere Erkenntnisse für Prävention und Früherkennung. Es verbessert die Versorgung des einzelnen Patienten und ist gleichzeitig von hoher gesundheitspolitischer Bedeutung. Ich freue mich, dass trotz der schwierigen Finanzsituation des Landes die Finanzierung des Krebsregisters, auch durch die Beteiligung der Deutschen Krebshilfe in der Anlaufphase von 2005 bis 2009, gesichert ist.

Das Rahmenprogramm zur Verbesserung der ambulanten palliativmedizinischen und palliativpflegerischen Versorgung wird in Nordrhein-Westfalen schrittweise flächendeckend umgesetzt. Ziel ist eine qualifizierte ambulante Palliativversorgung, um Schwerstkranken die letzte Phase ihres Lebens in häuslicher Umgebung zu ermöglichen. Damit setzt NRW sein erfolgreiches Engagement zur Verbesserung der Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen fort.

Parallel hierzu wird aktuell gemeinsam mit den Beteiligten des Gesundheitswesens eine Landesinitiative zur Verbesserung der ambulanten Palliativversorgung von schwerstkranken Kindern und Jugendlichen entwickelt, die auch die psychosoziale Betreuung der Angehörigen einschließt.

Der Haushalt der Landesregierung enthält ein klares Bekenntnis zum Erhalt und zur Fortentwicklung der Präventions- und Hilfestrukturen in den Politikfeldern der Aids- und Suchtbekämpfung in Nordrhein-Westfalen.

Der Sucht- und Drogenbereich wurde von weiteren Mittelkürzungen ausgenommen. Die geringfügige Reduzierung des Ansatzes um ca. 6 % ist ausschließlich Folge des Wegfalls der im Jahre 2006 einmalig gewährten Zuschüsse zur sozialverträglichen Umsetzung der Kürzungen bei den Personalkostenförderungen.

Auch im Aidsbereich kommt es zu keinen Einschnitten in der Landesförderung. Die Verringerung des Ansatzes um 600.000 € beruht hier auf einem Wegfall des Beitrages für die Bundesstiftung für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen, weil der Stiftungszweck schlicht und ergreifend erfüllt wurde.

Die Weiterförderung der zentralen Präventions- und Hilfestrukturen aus örtlichen Aidshilfen, dem Aidshilfelandesverband sowie den sogenannten Youth-Workern ist auch in 2007 sichergestellt.

Fortgesetzt werden kann auch die Intensivierung der zielgruppenspezifischen Aidspräventionsmaßnahmen. Wir denken derzeit über strukturelle Änderungen der Förderung nach. So soll das Förderverfahren erheblich vereinfacht werden. Es ist vorgesehen, den Kommunen die Landesmittel künftig im Rahmen einer fachbezogenen Pauschale unter Festlegung von Förderzielen und Aufgabenbeschreibungen zur Verfügung zu stellen. Ich erhoffe mir durch die Umstellung des Förderverfahrens einen noch gezielteren und an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichteten Einsatz der Landesmittel.

Kommen wir zum Krankenhausbereich!

2007 wird wieder ein Investitionsprogramm aufgelegt. Hierfür sind im Entwurf des Haushaltsplans Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 100 Millionen € vorgesehen. Barmittel zur Finanzierung bereits bewilligter Baumaßnahmen werden wie 2006 in Höhe von 170 Millionen € zur Verfügung stehen.

Für das Investitionsprogramm 2007 wird es klar definierte und transparente Förderkriterien geben. Wir wollen die Investitionsförderung auf ein finanziell solides und fachlich begründetes Fundament stellen. Die Förderentscheidungen sollen nachvollziehbarer werden. Fördermittel sollen bevorzugt an Krankenhäuser gehen, die für die Versorgung langfristig benötigt werden und wirtschaftlich überlebensfähig sind.

Zusätzlich sollen 40 Millionen € Barmittel und 20 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen in einem Sonderprogramm 2007 für herausragende Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die Zielkriterien werden derzeit erarbeitet.

Stichwort: pauschale Förderung. Bei der Finanzierung kurzfristiger Anlagegüter wird der Mitteleinsatz gegenüber 2006 nicht verändert. Es soll jedoch ein anderes Kriterium das sogenannte Planbett ersetzen. Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Krankenhausgesetzes Nordrhein-Westfalens soll eine auf die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses bezogene Bemessungsgrundlage bestimmt werden. Zurzeit werden verschiedene Verfahren bewertet.

Die Ausgaben für den Maßregelvollzug sind mit insgesamt 230 Millionen € um 18 Millionen € niedriger, als im Jahr 2006 veranschlagt. Diese Veränderung hat nichts mit angeblichen Kürzungen in Höhe von 17 Millionen € bei den Betriebskosten zu tun. Es handelt sich vielmehr um die letzten Spätfolgen des alten Finanzierungssystems. 2006 erstattet das Land noch einmal 21 Millionen € für die tatsächliche Mehrbelegung des Jahres 2004. Zugleich werden aber - wie bereits 2005 - die realistisch geschätzten aktuellen Patientenzahlen vergütet. Eine vergleichbare Erstattung ist daher ab 2007 nicht mehr erforderlich.

Die Mittel für die laufenden Betriebskosten steigen tatsächlich um gut 2 Millionen € auf insgesamt 183,1 Millionen €. Die Bauausgaben für neue Kliniken und in den bestehenden Einrichtungen bleiben mit 43 Millionen € unverändert. Unbestritten verlangt dieser Mittelrahmen bei steigenden Patientenzahlen und steigenden Löhnen und Preisen einen strikten Konsolidierungskurs. Daran geht angesichts der überdurchschnittlich hohen Kosten für den Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen auch kein Weg vorbei.

Ich habe Ihnen vor der Sommerpause mein Konzept für einen sicheren, therapeutisch effektiven und kostengünstigen Maßregelvollzug skizziert: Umkehr der Vollstreckungsreihenfolge, vermehrter Nachteilschluss, sichere und kostengünstige Langzeitunterbringung sowie wirtschaftlichere Stationsgrößen waren die wesentlichen Stichworte.

Ich bin mit den Landesdirektoren einig, dass wir diesen Weg gehen wollen und müssen. Ich habe mein Konzept auch den Standortbürgermeistern und den Beiratsvorsitzenden erläutert. Auch hier bin ich auf viel Zustimmung gestoßen. Denn über allem bleibt die Zusage: An der Sicherheit wird nicht gespart.

Drittens: Soziales

Auch im nächsten Haushalt wird es - wie in diesem Jahr - bei den Behinderten keine Abstriche geben. Der Haushaltsansatz von 4,462 Millionen € für die gesellschaftliche Integration von behinderten Menschen wird beibehalten. Diese Mittel reichen weiterhin aus, um das behindertenpolitische Programm „Teilhabe für alle“ voranzubringen und umzusetzen. Die Arbeiten am Programm laufen planmäßig. Ich gehe davon aus, dass sie bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein werden.

Die Stiftung Wohlfahrtspflege hatte im letzten Jahr einen Ausgabenrest von 10,5 Millionen €, der ihr in diesem Jahr verblieb und mit 14 Millionen € aufgestockt wurde. Der Stiftung standen damit im Ergebnis weiterhin annähernd 25 Millionen € für Maßnahmen und Projekte der Alten- und Behindertenhilfe zur Verfügung. Im Haushalt 2007 soll der diesjährige Ansatz von 14 Millionen € um rund 6 Millionen € auf gut 20 Millionen € aufgestockt werden.

Im Jahre 2006 habe ich einen neuen Zuwendungsvertrag mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege für einen Zeitraum von drei Jahren abgeschlossen. Auch mit dem Zuschuss für 2007 werden die Verbände weiterhin bei der Erfüllung ihrer Beratungs- und Koordinierungsaufgaben gegenüber dem Land, vor allen Dingen bei der Mitwirkung an der Modernisierung sozialer Dienstleistungen vor Ort und im ehrenamtlichen Bereich unterstützt.

Bei der Qualifizierung einer ausreichenden Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Altenpflege ist auf folgende Umstrukturierung hinzuweisen: Die Altenpflegeausbildung ist im Haushalt 2007 gegenüber dem Vorjahr um 31 Millionen € auf 29,7 Millionen € bei leicht abgesenkten Pro-Kopf-Förderungen verringert worden. Angehoben wurde jedoch die Zahl der förderfähigen Schülerinnen und Schüler pro Kurs. Wir haben ab September 2006 5,4 Millionen € zur Förderung von 30 Altenpflegehilfekursen bis Oktober 2007 zur Verfügung gestellt. Damit stärken wir die anerkannten Fachseminare des Landes zusätzlich.

Neben der Beteiligung der Altenpflege am Werkstattjahr gilt unser Hauptaugenmerk der Steigerung der Ausbildungsbereitschaft der Anstellungsträger in unserem Land. Die Träger sind dabei, das 1.000-Plätze-Programm umzusetzen.

In der Pflegepolitik will ich die Weiterentwicklung der Pflege in Heimen unterstützen. Ich will aber auch daran mitwirken, die häusliche Versorgung Pflegebedürftiger voranzutreiben.

Dieses gilt insbesondere für die Pflege von demenzkranken Menschen. Ich freue mich deshalb sehr, dass es uns gelungen ist, trotz der insgesamt sehr angespannten Lage Haushaltsmittel in unveränderter Höhe zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Hintergrund wird es möglich sein, die vielfältigen Initiativen zur Weiterentwicklung der Pflege demenzkranker Menschen, die in der Landesinitiative „Demenz-Service NRW“ gebündelt sind, fortzusetzen. Gemeinsam mit den Pflegekassen werden wir auch künftig die Arbeit der Demenz-Service-Zentren fördern und weiterentwickeln. Eine wichtige Aufgabe dieser Zentren wird es auch zukünftig sein, die Arbeit niedrighschwelliger, von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern getragenen Hilfeangebote zu unterstützen. Ihre Zahl ist in diesem Jahr auf mittlerweile 600 angestiegen. Das Ende der Fahnenstange ist hier meines Erachtens noch nicht erreicht.

Wir prüfen im Übrigen zurzeit, ob es möglich ist, auch für den ambulanten Sektor gemeinsam mit den Pflegekassen und den Trägern der Dienste einen dem Referenzmodell ähnlichen Prozess der Qualitätssicherung anzustoßen.

Sie sehen, die Haushaltspolitik der Landesregierung eröffnet auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten sinnvolle Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen für eine berechenbare, innovative, gerechte Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik zu gestalten.

Er gehe davon aus, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**, dass der Sprechzettel des Ministers an die Fraktionen verteilt werde, um ihn zur Grundlage der weiteren Diskussion im Ausschuss machen zu können.

Rainer Bischoff (SPD) merkt an, die Wohlfahrtsverbände sähen die Einstellung der Einnahmen aus dem Spiel 77 in den Landeshaushalt als existenzielle Bedrohung an. Es interessiere, welche Perspektive die dazu vom Ministerium geplanten Gespräche nach Meinung des Ministers bieten könnten.

Die Verbände aus dem Drogen-, Sucht- und Aidsbereich stellten sich die Frage, ob das Ministerium auch diese Bereiche mittelfristig kommunalisieren wolle.

Barbara Steffens (GRÜNE) möchte zum Verfahren wissen, ob Fragen zu dem in Aussicht gestellten schriftlichen Bericht des Ministers vor der nächsten Sitzung des AGS-Ausschusses schriftlich eingereicht und auch schriftlich vom Ministerium beantwortet werden könnten. Dieses Verfahren würde die Diskussion in der nächsten Sitzung vereinfachen, da das Ministerium dann vorbereitet sei und die Abgeordneten tatsächlich eine Detailberatung führen könnten. Die Beantwortung spontan gestellter Fragen habe sich in der Vergangenheit nicht als effektiv erwiesen.

Zu dem soeben vom Minister angesprochenen Investitionsprogramm für die Krankenhäuser im Jahr 2007 interessiere, mit wem die dem Ausschuss bekannten Kriterien im Vorfeld abgestimmt worden seien, ob der Krankenhausausschuss oder andere Gremien beteiligt worden seien. Aus Sicht eines Krankenhausträgers müsse die Offenlegung vieler der Kriterien problematisch sein. Offenbar werde hier der Stärkste siegen. Diejenigen, die für ihre wirtschaftliche Stabilität eine Finanzierung bräuchten, hätten mit diesem Investitionsprogramm kaum eine Chance. Bekanntermaßen sei für den letzten Haushalt ein Sofortprogramm gefordert worden.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) antwortet zunächst auf eine Frage von Herrn Bischoff: Laut Rechtsposition des Landesrechnungshofs müssten die Einnahmen aus dem Spiel 77 vor der Vergabe an die Wohlfahrtsverbände etatisiert werden. Dabei handle es sich um einen reinen Durchlaufposten im Haushalt.

Rainer Bischoff (SPD) wirft ein, diese Rechtsposition sei aus Sicht der Verbände strittig.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) erklärt, der Finanzminister habe in dieser Frage Rechtssicherheit herstellen wollen und politisch klar entschieden, dem Landesrechnungshof in dieser Frage zu folgen, die Einnahmen zu etatisieren und den vollen Betrag an die Wohlfahrtspflege weiterzugeben.

Barbara Steffens (GRÜNE) weist darauf hin, dass die vom Landesrechnungshof geforderte Herstellung der Transparenz nicht nur über die Einstellung der Mittel im Haushalt erreicht werden könne. Gemäß Stellungnahmen des Finanzministeriums gebe es dafür auch andere Möglichkeiten. Es werde vielfach als problematisch angesehen, bei einer Etatisierung der Mittel die Drittmittelförderung sicherzustellen.

Aus Gesprächen mit Sportdestinatären im Rahmen der WM für Menschen mit Behinderungen, wo es dasselbe Problem in einem anderen Bereich gebe, wisse sie, so die Abgeordnete, dass die Haltung des zuständigen Ministers nicht so eindeutig sei, wie das nunmehr dargestellt werde. Den Sportverbänden gegenüber sei signalisiert worden, dass es Gesprächsbereitschaft innerhalb der CDU-Fraktion und des Ministeriums gebe, einen im Interesse der Mittelempfänger liegenden Weg zu finden.

Alle wollten das Ziel der Transparenz erreichen. Über den Weg dahin sei jedoch noch nicht abschließend entschieden.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) betont, für das Land gebe es nichts Transparenteres als den Haushalt. Er sei ein bewährtes Instrument zur Herstellung von Transparenz und unterliege der parlamentarischen Kontrolle. Mögliche Schattenhaushalte würden kaum zur Transparenz beitragen.

LMR Hans Lauf (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) fügt an, die verständliche Frage von Frau Steffens wäre relativ schnell beantwortet, wenn es das Problem der Eigenmittel nicht gäbe, da das Parlament dann fordern würde, die Transparenz mittels Durchlauf durch den Haushalt herzustellen. Das entspreche dem Verfahren im Zusammenhang mit anderen durchlaufenden Mitteln. Der Finanzminister sei dem Rechnungshof selbstverständlich gefolgt, die Mittel transparent darzustellen. Die Frage der Eigenmittel werde vom Finanzministerium derzeit geprüft. Es sei von einem guten Ergebnis auszugehen, auf das das Fachressort natürlich Einfluss nehmen werde.

MD Dr. Dorothea Prütting (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) beantwortet eine Frage von Frau Steffens: Die Kriterien zur Krankenhausfinanzierung hätten auch in der bisherigen Diskussion immer eine Rolle gespielt, seien jetzt allerdings erstmals schriftlich formuliert worden und erhielten damit eine neue Qualität. Man werde mit den Bezirksregierungen Gespräche darüber aufnehmen. Eine Beteiligung zum Beispiel des Landesausschusses für Krankenhausplanung sei jedoch nicht vorgesehen, da es sich nicht um neue Kriterien handele.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) setzt die Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen fort: In Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden werde thematisiert, Mittel für die Drogenhilfe in einer fachgebundenen Pauschale an die Kommunen zu geben, was zur Flexibilisierung der Drogenberatung vor Ort beitragen solle. Die Pauschalierung der Förderung auf kommunaler Ebene sei für die Aidsförderung nicht geplant.

(HINWEIS: In Vorlage 14/657 klärt Minister Karl-Josef Laumann [MAGS] einen Irrtum auf: Die Pauschalierung der Förderung auf kommunaler Ebene erfasse auch den Aidsbereich.)

Vorsitzender Günter Garbrecht greift den Verfahrensvorschlag von Frau Steffens auf, vor der nächsten AGS-Ausschusssitzung schriftliche Fragen an das Ministerium zu formulieren, die von diesem auch vorab beantwortet werden sollten. Damit ließen sich Irritationen wie die in den letzten Haushaltsberatungen vielleicht vermeiden.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) betont, das Ministerium wäre dankbar, wenn die Fraktionen ihre Fragen vorab schriftlich einreichen würden. Auf diese Weise ließe sich die Qualität der Antworten verbessern. Diese würden allerdings mündlich in der Sitzung gegeben. Ein schriftliches Haushaltsverfahren lehne er ab.

(Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt und zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es nicht. Aus zeitlichen Gründen schließt der Vorsitzende die Sitzung und kündigt an, TOP 12, 13 und 14 in der nächsten AGS-Ausschusssitzung aufzurufen.)

gez. Günter Garbrecht

Vorsitzender

ba/04.10.2006/13.10.2006

213

